

Gesamt

Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 205'398
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 39
Fläche: 28'435 mm²

Britische Bankregulierung setzt auf moderaten Mittelweg

In Grossbritannien rät die Unabhängige Bankenkommission zu verschärften Kapitalvorschriften für das Geschäft mit Kleinkunden.

Von Robert Mayer

Die britischen Grossbanken sollen ihr Geschäft mit kleinen Privat- und Firmenkunden (Retail Banking) in einer separaten Einheit unter dem Konzerndach zusammenfassen. Diese neue Einheit soll ein hartes Kernkapital von 10 Prozent der risikogewichteten Aktiven ausweisen. Dies ist die zentrale Empfehlung der von der britischen Regierung eingesetzten Unabhängigen Bankenkommission, die gestern ihren mit Spannung erwarteten Zwischenbericht vorgelegt hat. Die fünfköpfige Kommission unter Vorsitz von John Vickers, dem früheren Chefökonom der Bank of England, war letzten Sommer beauftragt worden, Vorschläge zu erarbeiten, um den britischen Bankensektor widerstandsfähiger gegen künftige Finanzkrisen zu machen und den Wettbewerb im britischen Kleinkundengeschäft zu verstärken.

Würde die Reorganisation und Kapitalaufstockung des Retail Banking entsprechend den Kommissionsideen umgesetzt, beliefen sich die Finanzierungskosten für britische Grossbanken wie HSBC, Barclays und Royal Bank of Scotland auf bis zu 5 Milliarden Pfund (7,4 Milliarden Franken), wie Analysten schätzen. Zugleich plädiert die Vickers-Kommission dafür, dass systemrelevante Banken weltweit ein hartes Kernkapital (bestehend aus Aktienkapital und einbehaltenen Gewinnen) von 10 Prozent halten sollen. Zum Vergleich: Das neue Re-

gelwerk «Basel III» verlangt bis 2019 ein hartes Kernkapital von minimal 7 Prozent, wobei für die systemrelevanten Institute eine noch zu bestimmende zusätzliche Quote hinzukommen dürfte.

Keine radikalen Vorschläge

Die Kommissionsvorschläge gehen nicht so weit, wie die britischen Geldhäuser und ihre Lobbyisten im Vorfeld befürchtet hatten. So sieht die Kommission von einer regelrechten Aufspaltung der Universalbanken in ein Grosskunden- und Investmentbanking-Institut einerseits und eine Retail-Bank andererseits ab. Sie empfiehlt der britischen Regierung auch kein (Holding-)Modell, bei dem die verschiedenen Aktivitätsfelder einer Bank wie Retailbanking, Investmentbanking und Vermögensverwaltung in einzelnen Einheiten zusammengefasst und separat kapitalisiert werden.

Vor allem HSBC und Barclays hatten für den Fall solch tief greifender Restrukturierungen mehr oder weniger deutlich gedroht, ihre Konzernzentralen von der Londoner City nach Hongkong respektive New York zu verlegen. Die Royal Bank of Scotland, die in der Finanzkrise mit öffentlichen Mitteln vor dem Zusammenbruch gerettet werden musste und nun zu 84 Prozent in Staatsbesitz ist, hielt sich zurück.

Die von der Vickers-Kommission bevorzugte Lösung, einzig das Retailbanking - das namentlich die Kundeneinlagen, die Kreditvergabe an Unternehmen und den Zahlungsverkehr umfasst - mit einer speziellen Brandmauer in Form eines zusätzlichen Kapitalpuffers abzusichern, bietet den Banken mehr Flexibilität beim Kapitaltransfer. Sofern die Geldhäuser die zehnpromtente Kapitallimite für die Retail-Einheit erfüllen,

können sie ihre Eigenmittel beliebig innerhalb des Konzerns verschieben.

Skepsis in der Schweiz

Die Kommission hält in ihrem Zwischenbericht weiter fest, dass es für das Interbanken- und Investmentbanking-Geschäft der britischen Finanzhäuser keiner über «Basel III» hinausgehenden Kapitalvorschriften bedarf - vorausgesetzt für diese Aktivitäten bestehen glaubwürdige Abwicklungspläne, die im Krisenfall umgesetzt werden könnten.

Manuel Ammann, Leiter des Schweizerischen Instituts für Banken und Finanzen der Universität St. Gallen, äussert sich skeptisch gegenüber dem Lösungsansatz der britischen Kommission. Gerade eine Bank in einem Geschäftsreich in Schieflage, sei die Gefahr gross, dass die anderen Aktivitäten rasch angesteckt würden. Einen einzelnen Bereich oder alle Bereiche (wie beim Holdingmodell) mit separaten Kapitalvorgaben zu schützen und die Probleme so gleichsam zu isolieren, ist laut Ammann eine «allzu juristisch-statische Sicht», die mit der ökonomischen Realität - «der rasch zunehmenden Gefahr eines Runs auf die Bank» - wenig gemein habe.

Aus diesem Grund hält der St. Galler Bankenprofessor den von der Schweizer Finanzaufsicht verfolgten Weg, den hiesigen Grossbanken deutlich über «Basel III» hinausgehende Kapitalvorschriften aufzuerlegen und dafür auch bedingtes Fremdkapital (sogenannte Cocos) vorzusehen, für den vielversprechenden Weg.

Die Vickers-Kommission wird nun bis September ihren Schlussbericht verfassen - und die britische Finanzindustrie gewiss nichts unversucht lassen, um deren Empfehlungen zu verwässern.